

Antrag

der Abgeordneten Karsten Hilse, Marc Bernhard, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft und der Fraktion der AfD

Eine krisenfeste, verlässliche und kostengünstige Energieversorgung Deutschlands ermöglichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die jüngsten kriegerischen Ereignisse haben Deutschland schlagartig aus seiner energiepolitischen Tagträumerei erweckt und eine alte Erkenntnis zum Vorschein gebracht, dass man sich bei strategisch wichtigen Ressourcen nie in eine einseitige Abhängigkeit begeben darf.
2. Für die Versorgung Deutschlands mit strategisch wichtigen Rohstoffen, auch Energieträger und für die Aufrechterhaltung der Lieferketten der deutschen Wirtschaft ist es von vitalem deutschem Interesse, wenn:
 - a) ein hoher, zumindest solider Eigenanteil an der Versorgung sichergestellt werden kann,
 - b) die Versorgung eine hohe technologische oder stoffliche Diversifizierung aufweist und
 - c) die individuellen Stoffe und Edukte, die importiert werden müssen, eine hohe Diversifizierung ihrer geopolitischen Bezugsquellen aufweisen. Einer Ausbildung von Abhängigkeiten einzelner Bezugsquellen, sowohl technisch wie politisch, ist entgegenzuwirken.
3. Die besonders hohe Abhängigkeit Deutschlands von Energielieferungen aus Russland ist seit dem Krieg in der Ukraine zentral in den Blickpunkt der deutschen Versorgungsstrategie gerückt.
4. Die desaströse Erdgaspreis- bzw. Erdgas-Bevorratungs-Situation in der Krisensituation 2021/2022 hat deutlich aufgezeigt, wie stark Deutschland gerade durch die sogenannte „Energiewende“ einerseits auf eine verlässliche, kostengünstige Versorgung mit dem Energieträger Erdgas und andererseits dementsprechend auf eine verlässliche Partnerschaft mit Erdgas-Bezugsquellen und -Transitrouten angewiesen ist.
5. Ausgehend von den hohen Energiekosten in Deutschland, getrieben durch die CO₂-Abgabe, den immer noch höchsten Strompreisen der Welt und einer einseitigen Fixierung auf sogenannte erneuerbare Energien und die sehr kostenintensiven, notwendigen Ersatzenergieträger Erdgas und Wasserstoff zulasten von Kohle und auch Kernkraft, müssen die Bürger hohe Kosten stemmen, im Jahr 2022 und zeitweise im Jahr 2023 mitunter eine Verdreifachung der Aufwendungen für Heizenergie, Kraft- bzw. Brennstoffe – bis mehrere 1000 Euro pro Jahr

und Haushalt. Die Verlagerung der EEG-Umlage in den Bundeshaushalt stellte nur eine Verlagerung der Kosten dar. Die Verteuerung durch die CO₂-Abgabe wird nicht kompensiert.

6. Im Fall einer Verknappung ist sicher mit Rationierungsmaßnahmen zu rechnen, welche zumindest erhebliche wirtschaftliche Einschnitte zur Folge haben dürften, da die Industrie zuerst von der Versorgung abgetrennt würde.
7. Daher ist unbedingt sicherzustellen, dass jede Option zur Energieversorgung mit den Kriterien Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit und Ökonomie zu ergreifen ist. Wie bereits von der Bundesregierung angedeutet,¹ hat die Versorgungssicherheit absoluten Vorrang. Bei strategischen Rohstoffen müssen bei der Einrichtung von Lieferketten Kriterien wie Umweltauflagen nachrangig gegenüber der Versorgungssicherheit gesehen werden.
8. Windenergie und Photovoltaik stellen daher, entgegen den Aussagen der Bundesregierung, hierbei keine Option dar, da sie vor allem bei der Versorgungssicherheit (Volatilität) und Unabhängigkeit (hohe notwendige Bezugsmengen strategischer Metalle sowie ganzer Komponenten (Solarmodule) aus China), aber auch größtenteils ökonomisch substantielle Defizite aufweisen. Ihre Förderung stellt daher eine unzumutbare Belastung der deutschen Wirtschaft und der Bürger dar.
9. Deutschland muss daher nicht nur vielfältigere Bezugswege für (Energie-)Rohstoffe erschließen, sondern auch eigene vorhandene Ressourcen verstärkt nutzen, insbesondere die heimischen Braunkohle- aber auch Gasvorkommen sind grundsätzlich verfügbar. Vorschriften, die moderne Erschließungsverfahren verbieten oder verunmöglichen, sind aufzuheben.
10. Die Verlängerung der Laufzeiten der sechs noch mit eher geringem Aufwand aktivierbaren² Kernkraftwerke ist – die Betreiber benötigen entsprechende Bekundungen der Bundesregierung – auch technisch möglich und würde den Erdgasverbrauch insbesondere durch Substitution von Erdgasverstromung deutlich senken.
11. An einem Wiedereinstieg in die Kernenergie in Deutschland führt kein Weg vorbei, wenn man mittels größtmöglicher Diversität die Versorgung auf möglichst viele unterschiedliche Standbeine bei langfristig kostengünstiger Versorgung verteilen will.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. mit Blick auf die Energierohstoffversorgung auf stabile und vielfältige Außenbeziehungen bestmöglich hinzuwirken und durch die Erschließung mehrerer Bezugsquellen und Transitrouten stets eine zuverlässige Versorgung mit kostengünstigen Energieträgern, aber auch strategischen Rohstoffen, insbesondere Seltene Erden, Refraktärmaterialien (z. B. Molybdän, Wolfram, Hochleistungsleistungskeramiken) und Edelmetallen sicherzustellen;
2. in möglichen Rohstoffsektoren Rahmenbedingungen einer heimischen Förderung zu schaffen, die einen unabhängigen, sicheren und ökonomisch vertretbaren Grundsockel der Versorgung im Inland sicherstellen sowie national vorhandenes Know-how aufbauen, bzw. sichern;
3. den sogenannten Kohleausstieg, soweit möglich, sofort zu beenden und den Weiterbetrieb der vorhandenen Kohlekraftwerke mit Fokus auf die verstärkte Nutzung heimischer Braunkohlevorkommen zu unterstützen;

¹ www.welt.de/politik/ausland/article237247863/Habeck-Versorgungssicherheit-laut-Habeck-im-Zweifel-wichtiger-als-Klimaschutz.html

² www.cicero.de/wirtschaft/kernkraftwerke-retten-akw-atomkraft-studie-mark-nelson

4. das Atomgesetz derart zu ändern, dass ein Weiterbetrieb der im April 2023 und im Dezember 2021 abgeschalteten Kernkraftwerksblöcke rechtlich und wirtschaftlich möglich ist und nur von der technischen Lebensdauer begrenzt wird, wenn eine Einigung mit den Betreibern über den Weiterbetrieb erzielt werden kann;
5. sofort eindeutige und verbindliche Signale an die Kohle- und Kernkraftwerksbetreiber mit der Botschaft zu senden, dass die Kraftwerke bis zu ihrem technisch sinnvollen Lebensende uneingeschränkt betrieben werden dürfen, um so frühzeitig insbesondere die Kernbrennstoff- und, soweit notwendig, Personalbeschaffung sowie die Erschließung von Braunkohlevorkommen einzuleiten;
6. bei der Kernbrennstoffbeschaffung alle Möglichkeiten auszuschöpfen und Hilfestellungen anzubieten, um möglichst frühzeitig frische Brennelemente für die noch betreibbaren Reaktoren zu erhalten;
7. einen Wiederinbetriebnahmefahrplan der drei Ende 2021 abgeschalteten Kernkraftwerksblöcke transparent mit Vertretern der Betreiber und Kernkraftfachverbänden zu erstellen, basierend auf den positiven Machbarkeitsstudien der Betreiber;
8. mit Blick auf eine langfristig angelegte Strategie zu einer sicheren und effizienten Versorgung mit allen notwendigen Energieträgern – z. B. mit synthetischen Kraftstoffen wie Ammoniak – eine Änderung für das Atomgesetz (AtG) vorzulegen, mit der Absicht, die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Entsorgung nuklearer Rückstände unter Nutzung von Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren zu ermöglichen (insbesondere §§ 1, 7 und 9 AtG);
9. darauf hinzuwirken, alle Zahlungen und Begünstigungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien, die neu oder erneut in Betrieb genommen werden, vollständig und ersatzlos zu streichen;
10. darauf hinzuwirken, dass die Einnahmen aus jedweder CO₂-Bepreisung ersatzlos entfallen und dass übergangsweise formal diese Bepreisung dauerhaft auf 0 Euro je Tonne festgesetzt wird;
11. eine Gesetzesänderung vorzulegen, in der das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) schnellstmöglich vollständig und ersatzlos entfällt;
12. schnellstmöglich europarechtskonform aus dem Treibhausgas-Emissionszertifikatehandel der Europäischen Union (EU-ETS) auszusteigen, beziehungsweise einen Beitritt zu jedweden CO₂-Bepreisungssystemen zu unterlassen sowie die Umsetzung aller EU-Verordnungen und Richtlinien zum Treibhausgas-Emissionszertifikatehandel sofort zu beenden;
13. die Betrachtungen der unabhängigen Versorgung auch auf die Komponenten für Windkraft- und Wasserstoffanlagen sowie Photovoltaik auszudehnen und von einem Zubau Abstand zu nehmen, weil dadurch erneute Abhängigkeiten geschaffen werden.

Berlin, den 10. Oktober 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Im Zusammenhang mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine ist eine Verringerung der russischen Energierohstoffliefermengen eingetreten. Entsprechende Betrachtungen müssen nach Ansicht des Antragsstellers auch für andere Länder vorgenommen werden, da u. a. auch in Nah- und Fernost weitere Bezugsregionen in Gebieten liegen, mit denen es zu außenpolitischen Verwerfungen kommen kann, mit dann negativen Auswirkungen auf die Versorgungssituation. Generell und gerade im Lichte dessen ist es jedoch dringend geboten, jetzt die Versorgung mit wichtigen Rohstoffen auf eine breite und vielfältige Basis zu stellen, um insbesondere eine sichere und ökonomische Energieversorgung zu gewährleisten. Hierbei spielen, neben Kohle, die Energieträger Erdgas und Erdöl eine wesentliche Rolle. In diesem Zusammenhang muss die verstärkte Nutzung heimischer Braunkohle und damit der Ausstieg aus dem sogenannten Kohleausstieg eingeleitet werden. Während russische Kohle- und Erdöllieferungen zumindest größtenteils substituiert werden können, gestaltet sich dies bei Erdgas weitaus schwieriger – hier müssen alle Optionen, etwa auch die eigenen Erdgas-Vorkommen, auch jene in wenig durchlässigen Speichergesteinen und Kohlegruben,^{3, 4} geprüft werden.

So wurde und wird in der Presse immer wieder aufgegriffen, dass Erdgas knapp ist, die Versorgungssituation so unsicher wie noch nie ist und die Verbraucherpreise für Erdgas durch die Decke gehen.^{5, 6} Immer wieder wird dabei die russische Regierung für die Knappheit an Erdgas auf dem europäischen Markt verantwortlich gemacht.^{7, 8}

Entgegen weitläufig bekannter Äußerungen von der Bundesregierung oder der Regierungskoalition führt eine Zunahme von sogenannten Erneuerbaren Energien gerade nicht zu einer Unabhängigkeit von Rohstofflieferungen aus autoritären Staaten bzw. Diktaturen, sondern nur zu einer Verlagerung der Abhängigkeit. So erzwingt die sogenannte Verkehrswende sowie Energiewende, insbesondere der damit verbundene notwendige Netzausbau, den für Elektronikkomponenten und Akkumulatoren vielfach höheren Verbrauch an Seltenen Erden und rar vorkommenden Metallen, welche größtenteils aus China, das sich im Ukraine-Konflikt Russland zugewandt hat, oder gar bald aus der weltgrößten Lagerstätte in Russland selbst⁹ stammen. Auch bei solchen Materialien müssen die Bezugsquellen auf den Prüfstand, ein verstärktes Engagement Deutschlands bei der Gewinnung dieser Rohstoffe angegangen und eine stärkere inländische Bevorratung erwogen werden. Dementgegen stammen Brennstoffe für Kernreaktoren eher aus Ländern wie Kanada, Australien und den USA – hier ist die möglicherweise notwendige Substitution aus z. B. Kasachstan keine große Schwierigkeit, zumal sich Kernbrennstoff aufgrund seiner sehr hohen Energiedichte leicht für Jahre bevorraten lässt. Langfristig können unter Verwendung von Schnellsplattreaktoren selbst wesentlich teurere, heimische Vorkommen, insbesondere Thorium, genutzt werden, da durch ihren sehr niedrigen Verbrauch der Brennstoffkostenanteil verschwindend gering ist. Diese Reaktortypen sind zudem durch ihre prinzipiell höhere mögliche Betriebstemperatur in der Lage, synthetische Kraft- und Betriebsstoffe, wie etwa Ammoniak (Chemieindustrie, Düngerherstellung, Kraftstoff) oder Wasserstoff (Ersatz für Kohlenstoff als Reduktionsmittel etwa in der Zement- oder Metallverarbeitungsindustrie), bereitzustellen.

Kurzfristig muss unbedingt der Weiterbetrieb möglichst vieler bestehender Kernkraftwerke erfolgen, was von der Bundesregierung geprüft, jedoch negativ beschieden wurde. Einige Betreiber hatten hierfür vorsichtig Bereitschaft signalisiert, wenn sie verbindliche Zusicherungen seitens der Laufzeiten und Strommengen von der Bundesregierung erhalten. So können auch etwaige Sicherheitsvorkehrungen, deren eventuelle Notwendigkeit in überschaubarer Zeit leicht festgestellt werden könnte, direkt durch den Stromvertrieb finanziert werden. Zudem dürften nach Einschätzung der Antragssteller noch große Teile des Personals für diese Reaktoren zur Verfügung stehen, bei Garantien für hinreichend lange Laufzeiten sollte auch die Anwerbung weiteren Personals möglich sein. Unter dem Gesichtspunkt einer konstruktiven Hinwendung zu einer Wiederinbetriebnahme verfährt somit der Einwand der, wie oben ausgeführt, vermeintlichen Unbestimmtheit des Sicherheitsniveaus der Anlagen oder

³ www.bveg.de/die-branchen/erdgas-und-erdoel-in-deutschland/erdgasreserven-in-deutschland/

⁴ www.deutschlandfunk.de/schiefergas-in-deutschland-100.html

⁵ Zeit Online, Anette Beutler, Erdgas - Das Gas wird knapp, 17.1.2022

⁶ www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/gas-preiserhoehung-grundversorger-strom-101.html

⁷ www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/energie-gas-preise-verbrauch-101.html

⁸ www.capital.de/wirtschaft-politik/jamal-pipeline-was-der-lieferstopp-fuer-europas-gasversorgung-bedeutet

⁹ www.bgr.bund.de/DE/Gemeinsames/Oeffentlichkeitsarbeit/Pressemitteilungen/BGR/bgr-140116_seltene-erden_sibirien.html

auch der (zu) knappen Zeit für die Brennstoffbeschaffung nicht^{10, 11} – hier hat es die Bundesregierung trotz rechtzeitiger, deutlicher Forderungen versäumt, bis Mitte 2022 noch hinreichende Laufzeitzusagen zwecks Auslösung von Kernbrennstoffbestellungen vorzunehmen. Zudem sind hier nach Ansicht des Antragsstellers Optimierungen bei der Auftragspriorisierung, auch unter Inkaufnahme höherer Brennstoffkosten, die bei den Gesamtkosten aber kaum eine Rolle spielen und daher leicht aus dem Stromverkauf finanzierbar sind, denkbar und sollten von der Bundesregierung wenigstens erschöpfend geprüft werden.

¹⁰ „Ist eine Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke noch umsetzbar? Eine Analyse“, <https://ak-energie-naturschutz.de/Downloads>

¹¹ www.salonkolumnisten.com/this-machine-kills-fascists/

